

THEMA IM LANDTAG

Wolfgang Jüttner Spitzenkandidat für 2008

Der SPD-Landesvorstand hat den Vorsitzenden der Landtagsfraktion Wolfgang Jüttner zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2008 nominiert. Die einstimmige Entscheidung erfolgte auf Vorschlag von Landeschef Garrelt Duin. Sie muss noch vom Landesparteitag im nächsten Frühjahr bestätigt werden.

Wolfgang Jüttner hat als Umweltminister fünf Jahre unter Beweis gestellt, dass er regieren kann. In diesem Amt hat er innerhalb kürzester Zeit einen hervorragenden Ruf erworben. Nicht nur bei Umweltexperten, sondern auch bei der Wirtschaft und sogar bei politisch Andersdenkenden. Darüber hinaus ist er Experte für das zentrale Zukunftsthema: die Bildungspolitik. Als Fraktionsvorsitzender hat er gezeigt, dass er im Team arbeiten und zugleich klare politische Führung zeigen kann. Vor allem aber kennt er Niedersachsen wie kaum ein anderer. Ihm geht es um das Land, und nicht um Berlin.

Ab jetzt heißt das Motto: Die SPD greift an. Bei der Landtagswahl werden die Menschen in Niedersachsen vor einer klaren Alternative stehen. Vor der Presse umriss Wolfgang Jüttner kurz das Profil der Partei und die Schwerpunkte für die Auseinandersetzung mit der CDU:

Niedersachsen ist ein Land mit unterschiedlichen Regionen, wirtschaftlich starken und wirtschaftlich entwicklungsfähigen. Viele Menschen arbeiten in großen Unternehmen, aber die meisten in mittelständischen Betrieben und dem Handwerk. Der FDP-Wirtschaftsminister hat dafür keine Konzepte. Er kommt in der Wirtschaftspolitik kaum vor. Wir werden

ein Wirtschaftsprogramm vorstellen, mit dem Innovationen in allen Bereichen angestoßen werden. Auch deshalb stehen wir für Investitionen in Bildung und Forschung; CDU und FDP sparen Schulen und Universitäten kaputt. Wir stehen für ein Niedersachsen, in dem der Mensch zählt und nicht nur sein Einkommen; CDU und FDP vergiften das soziale Klima im Land. Wir stehen für eine Politik, die das Wohlergehen aller Menschen in Niedersachsen im Auge hat; CDU und FDP und ihr Ministerpräsident haben Scheuklappen auf. Sie sehen zuerst ihr Parteiprogramm – oder schielen gleich nach Berlin.«

Die SPD, ihr Programm und ihr Spitzenkandidat sind niedersachsengerechter. »NIEDERSACHSENGERECHTER«, das ist auch die Losung für den jetzt beginnenden Vorwahlkampf, das hat der SPD-Landesverband angekündigt.

Wolfgang Jüttner wird auf vier Regional Konferenzen seine Perspektiven für das Land einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Im Zentrum steht dabei »Gerechtigkeit«. Dabei geht es nicht allein um die »klassische« soziale Gerechtigkeit. Klar ist: Damit alle Menschen ein gesichertes Auskommen haben, müssen Ausbildungsplätze und Arbeit gesichert werden. Die SPD wird auch den Begriff Leistungsgerechtigkeit neu definieren. Alle Menschen leisten etwas – egal ob sie viel oder wenig verdienen. Leistungsgerechtigkeit heißt deshalb: Jeder muss die Chance bekommen, seine Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, in der Schule genauso wie in der Arbeitswelt.

»Die SPD wird dem Land gerechter und sie wird Niedersachsen gerechter machen – dafür stehen wir und darum werden wir bei der Landtagswahl kämpfen«, fassten Duin und Jüttner auf einer anschließenden Pressekonferenz das Ziel zusammen.



Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner,
Fraktionsvorsitzender

am 13. Oktober 2006 hat der SPD-Landesvorstand mit meiner Nominierung als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2008 den Startschuss für den Beginn des Vorwahlkampfes gegeben.

Ich bedanke mich für das in mich gesetzte Vertrauen und verspreche, dass ich bis zum Wahltermin mit aller Kraft für einen Wahlerfolg kämpfen werde. Ohne Zweifel, wir können es schaffen und die derzeitige Landesregierung ablösen.

Und wir müssen es schaffen, weil sonst das Land nicht fit gemacht wird für die Herausforderungen der Zukunft. CDU/FDP versagen bei allen zentralen Fragen. Wirtschaftspolitik findet nicht statt, mit der Bildungspolitik wird die Zukunft unserer jungen Menschen verspielt und die Sozialpolitik verdient ihren Namen nicht.

Die SPD-Fraktion hat schon in der Vergangenheit »den Finger in diese Wunden gelegt« – sie wird dies auch in Zukunft tun. Im aktuellen TIL dokumentieren wir unsere Initiativen, die wir deshalb in den letzten Landtag eingebracht haben.

Euer
W. Jüttner

Wir brauchen mehr Studierende – nicht weniger Sofortprogramm für 10.000 Studienplätze

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Grundsatzvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung zusätzlicher Studienplätze im Rahmen eines Hochschulpaktes. »Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass Berlin noch mehr Geld zur Verfügung stellt. Aber entscheidend ist, dass sich die Bundesregierung überhaupt in dem Bereich engagiert. Führende Unionspolitiker und auch der niedersächsische Wissenschaftsminister Stratmann hatten das ja lange abgelehnt«, sagte die hochschulpolitische Sprecherin Dr. Gabriele Andretta.

»Das schönste Bundesprogramm bringt aber nichts, wenn der Ausbau der Hochschulen auf Landesebene konterkariert wird«, so die SPD-Politikerin weiter. »Während der Bund Geld für neue Studienplätze gibt, geht die Studienplatzvernichtung in Niedersachsen unvermindert weiter«. Allein in diesem Jahr sind nach neuesten Zahlen des Wissenschaftsministeriums 1.703 Studienplätze abgebaut worden.

»Während Wissenschaftsminister Stratmann das Problem der steigenden Studienanfängerzahlen auszusitzen versucht, zeigt sein Parteifreund und Amtskollege aus Baden-Württemberg Peter Frankenberg, wie man es richtig macht«, sagt Andretta. Die Landesregierung in Stuttgart hatte am Montag einen »Masterplan« vorgestellt, der die Schaffung von 16.000 neuen Studienplätzen in Baden-Württemberg vorsieht. Der Antrag der SPD, der in die gleiche Richtung geht, wurde erstmals im Landtag beraten (Drs. 15/3203). »Herr Stratmann hat in der Debatte einmal mehr gezeigt, dass er die Dring-

lichkeit des Problems nicht erkannt hat. Er entwickelt sich zu einer gefährlichen Innovationsbremse für Niedersachsen.

Wir werden die Innovationskraft des Landes Niedersachsen langfristig nur durch einen Ausbau der Hochschulen stärken können. Wir müssen mehr in die Universitäten und Fachhochschulen investieren, um die Voraussetzung für mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Andretta forderte eine Kehrtwende in der niedersächsischen Hochschulpolitik. »Der Abbau von Studienplätzen muss gestoppt werden. Mittelfristig brauchen wir ein Drittel mehr Studienplätze als heute. Diesen Kraftakt kann das Land nur leisten, wenn sich der Bund – wie von der Bundesbildungsministerin angeboten – an den Kosten beteiligt. Dafür müssen die Länder auch Mittel zur Verfügung stellen. Überschlägig gerechnet müsste das Land in den kommenden Jahren 33 Millionen Euro einsetzen. Damit könnten zusammen mit dem Bundesanteil 10.000 neue Studi-



Dr. Gabriele Andretta,
wissenschaftspolitische Sprecherin

enplätze geschaffen werden. Das wird nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Aber ein solcher Schritt ist notwendig, damit die Studierenden nicht weiter in andere Bundesländer abwandern müssen. Kein anderes Bundesland verliert so viele Studierende. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verlor Niedersachsen 25.345 Studierende im Wintersemester 2004/2005.

Bildung in Niedersachsen – besser gemeinsam!

Im Juni 2006 beschloss der Landesparteitag der SPD Niedersachsen einstimmig ein neues bildungspolitisches Programm. Dieses weist zwei zentrale Ansatzpunkte auf: (1.) die verstärkte Förderung der Lernenden und (2.) die Ausschöpfung dessen, was die Wirtschaft unter »Bildungsreserven« versteht. Mit Letzterem ist für uns der ur-sozialdemokratische Anspruch gemeint, Kindern aus bildungsfernen oder sozial schwachen Schichten Zugang zu hohen Bildungswegen zu ermöglichen.

Die SPD-Landtagsfraktion bringt seitdem Teile dieses Bildungsprogrammes als Initiativen in den Landtag ein. Diese können während dieser Legislaturperiode nur die dringendsten Reparaturen am niedersächsischen Bildungssystem sein. Nach einer gewonnenen Landtagswahl 2008 will der designierte SPD-Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner die Bildungspolitik zu seinem Markenzeichen machen. Dann soll das Bildungsprogramm mit seinen Schwerpunkten Frühförderung, Gemeinsamer Schule und Ausbau der Hochschulen umgesetzt werden.

Im Oktoberplenum befasste sich der Landtag mit drei Initiativen der SPD-Fraktion aus dem Bildungsprogramm:

1. der Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres (siehe Artikel Seite 4), um allen Kindern einen Kitabesuch zu ermöglichen,
2. der Rücknahme des Errichtungsverbotes für Gesamtschulen (siehe Artikel Seite 3) mit dem Ziel, allen Bewerberinnen und Bewerbern einen Gesamtschulplatz zur Verfügung zu stellen,
3. einem Sofortprogramm für 10.000 Studienplätze in Niedersachsen (Artikel siehe oben), um das weitere Absinken der Studierendenquote in Niedersachsen zu verhindern.

CDU und FDP haben jedoch alle Initiativen blockiert.

Auf den Internet-Seiten des SPD-Landesverbandes (www.spd-niedersachsen.de) finden sich weitere Informationen und Flugblätter zum SPD-Bildungsprogramm.

SPD-Fraktion bringt Gesetzentwurf gegen das Errichtungsverbot für Gesamtschulen in den Landtag ein

Heute existieren 68 öffentliche Gesamtschulen in Niedersachsen, je zur Hälfte integriert bzw. kooperativ. Sie sind darauf ausgerichtet, Schüler und Schülerinnen individuell zu fördern, ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren statt sie früh einzusortieren und sie sind Ganztagschulen. Mit Elan gegründet, haben sie im Laufe der Zeit Einschränkungen in der Lehrerstundenausstattung überstanden, dem Finanzierungsvorbehalt getrotzt und immer wieder waren Eltern bereit, für die Gründung einer Gesamtschule zu kämpfen.

»Gesamtschulen – zäh, widerstandsfähig und vor allem erfolgreich«, bilanziert die schulpolitische Sprecherin Ingrid Eckel. Eine Schulform, die zur Vielfalt der niedersächsischen Schullandschaft beiträgt. – Und die einzige öffentliche Schulform, die eine gemeinsame Beschulung ermöglicht und Schullaufbahnen lange offen hält.

Die SPD-Fraktion wird nicht davon ablassen, gegen das 2003 erlassene Gründungsverbot der CDU/FDP-Landesregierung anzugehen. Nach SPD-Meinung sind überall dort Gesamtschulen zuzulassen, wo der Bedarf durch Eltern artikuliert wird. Die Errichtung muss auch an neuen Standorten möglich sein immer da, wo die vorhandenen Gesamtschulen nicht ausreichen.

Das Argument des Kultusministers, Gesamtschulen könnten die Zahl ihrer Parallelklassen endlos erhöhen um alle Bewerberinnen und Bewerber aufzunehmen, ist räumlich nicht realisierbar. Darüber hinaus ist es gegenüber Kindern und Lehrkräften zynisch, solch riesige Schulen zu propagieren.

Bereits der Entschließungsantrag »Eltern wollen respektieren – Gesamtschulen bedarfsgerecht ausbauen« wurde von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Mit dem nun eingebrachten Gesetzentwurf fordert die SPD-Fraktion CDU und FDP auf, sich zu trauen, dem mehrgliedrigen Schulsystem Konkurrenz zuzumuten.

Der Kultusminister hat mit Streichungen bei Zusatzbedarfen, Ganztagszuschlägen und durch Sollstundenreduzierung den Gesamtschulen die Umsetzung ihres pädagogischen Konzepts erschwert. Trotzdem arbeiten sie erfolgreich. Unter den Arbeitsbedingungen vor dem Regierungswechsel wären sie noch besser.

Integrative Systeme kosten nicht Schulstandorte, wie Kultusminister Busemann immer immer wieder behauptet. Richtig ist, sie retten Schulstandorte, weil sie von Schülerinnen und Schülern mit allen Schullaufbahnpfehlungen besucht werden können. So werden einzügige Schulen vermieden und Angebote auch dort vorgehalten, wo eine Einzügigkeit nicht mehr möglich ist. Vielleicht sollte Buse-



Ingrid Eckel,
schulpolitische Sprecherin

mann mal die CDU-Kollegen in Schleswig-Holstein besuchen. Dort einigte sich die große Koalition auf die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen für alle Kinder (http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MBF/Pressemitteilung/PI_202006/September_202006/III_20Schulgesetz.html). Dort könnte er sich zeigen lassen, wie man Schulen weiterentwickelt.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTILs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

CDU und FDP lehnen Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres ab Lippenbekenntnisse der Landtagsmehrheit zur frühkindlichen Bildung entlarvt

Wenn alle Kinder eine gute Chance zur Entwicklung haben sollen, brauchen wir eine signifikante Verbesserung der frühkindlichen Bildung. Dieses gilt um so mehr für unseren Weg in eine Wissensgesellschaft. Darin sind sich nicht nur Expertinnen und Experten einig, mittlerweile ist dieses auch parteiübergreifender Konsens.

Selbst Kultusminister Bernd Busemann meinte am 26. Januar 2006 im Landtagsplenum: *»Die Notwendigkeit einer möglichst frühen Förderung und Unterstützung von Kindern ist in der aktuellen schul- und bildungspolitischen Diskussion nachhaltig verankert. [...] Bildungspolitisch gesehen kann ich diesen Vorschlag [gemeint ist ein beitragsfreies Kindergartenjahr, d.R.] nur begrüßen, da er Kindertagesstätten als kostenfreie Bildungseinrichtungen als gleichwertige Partner im Verhältnis zu unseren Schulen anerkennt.«*

Auch andere Äußerungen aus den Reihen der CDU-Fraktion sind eindeutig. Frau Vockert erklärte am 24. Februar 2006: *»Wir werden auch das beitragsfreie Kita-Jahr umsetzen«*. Bereits in ihrem Wahlprogramm 2003 hatte die CDU die Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres versprochen.

Die FDP-Fraktion wollte nicht zurückstehen und ließ ihre Abgeordnete Frau Meißner Anfang 2006 erklären: *»Ein beitragsfreies Kita-Jahr ist natürlich grundsätzlich eine gute Idee. Es sollten also solide Konzepte vorgelegt werden; dann reden wir weiter.«*

Im Juni 2006 legte die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres im Landtag vor. Und dieser wurde prompt von CDU und FDP im Oktober-Plenum abgelehnt. – Allen vorherigen Lippenbekenntnissen zum Trotz.

Kultusminister Busemann entdeckte im Oktoberplenum auf einmal die angespannte Finanzlage. Dabei redete er als Oppositionspolitiker noch ganz anders daher. Drei Monate vor der Landtagswahl gab er im Landtagsplenum folgendes zur Kita-Betragsfreiheit zu Protokoll: *»Das anstehende Kostenvolumen macht etwa 0,3% des Landesetats aus. Es kann mir niemand erzählen, dass, sofern der politische Wille vorhanden ist, ein solcher Handlungsspielraum trotz der angespannten Finanzlage dafür nicht bestünde. Das muss hinzukriegen sein.«* Kurzum: Diese Landesregierung schert sich wenig um ihr Geschwätz von gestern.



Blick auf den Kita-Kongress der SPD-Fraktion im Juni 2006

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover, www.spd-landtag-nds.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@LT.Niedersachsen.de)

Beim Kinderschutz endlich Ernst machen SPD will flächendeckende Kita-Vorsorgeuntersuchungen

100 Fälle von Kindesmisshandlung und –verwahrlosung mit Todesfolge werden nach Angaben des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte jährlich in Deutschland bekannt. Die Dunkelziffer ist geschätzte zehn Mal so hoch. Ganz aktuell beschäftigt der Tod des kleinen Kevin aus Bremen eine geschockte Öffentlichkeit.

»Die Zeit folgenloser Betroffenheitsbekundungen muss nun endgültig vorbei sein«, erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Schwarz, am 10. Oktober im Landtag. Anlass war die Einbringung eines Gesetzentwurfs der SPD, um den Schutz und die Gesundheit von Kindern zu verbessern. »Wir werden die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung für Kinder entlassen«, so Schwarz weiter. »Wer es ernst meint mit dem Schutz von Kindern und der Verbesserung der Kindergesundheit, der muss auch dort handeln, wo das Land Einfluss nehmen kann, nämlich beim Gesetz für den öffentlichen Gesundheitsdienst.« Schwarz erinnerte daran, dass CDU und FDP in Niedersachsen erst vor wenigen Monaten bei der Neufassung dieses Gesetzes jeden Fortschritt für die Betroffenen verhindert hatten.

Schwarz: »Mit unserer Initiative wollen wir u.a. flächendeckende Vorsorgeuntersuchungen in den Kindertagesstätten erreichen. Fachleute bestätigen, was die Wulff-Regierung ignoriert: Je früher bei Kindern mögliche Entwicklungsstörungen bzw. -auffälligkeiten – auch psychischer Art – diagnostiziert werden, desto größer ist die

Chance, dem gezielt entgegen zu wirken.«

Schwarz hob dabei hervor, dass ein ganzes Bündel an Maßnahmen gebraucht werde, um Kinder besser zu schützen und zu fördern. Er kritisierte in diesem Zusammenhang das von der Landesregierung mit »großem öffentlichen Brimborium« vorgestellte so genannte 25-Millionen-Euro-Programm zur frühkindlichen Förderung. Die bisherigen parlamentarischen Beratungen hätten gezeigt, dass dieses Programm »keinerlei Substanz« habe. Es bestehe nur aus einem Sammelsurium von Überschriften.

Die SPD-Fraktion schlug deshalb vor, das Geld besser in die flächendeckende Versorgung mit Familienhebammen, in Vorsorgeuntersuchungen in Kitas und Schulen sowie in die konsequente Durchführung von empfohlenen Schutzimpfungen zu stecken. »Dann wäre erstens den Kindern wirklich geholfen und zweitens wären wir in Niedersachsen ein gutes Stück weiter.«

»Wir werden uns auch künftig nicht damit abfinden, dass Kinder und Jugendli-



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

che, die auf die Hilfe des Staates angewiesen sind, unter der sozialpolitischen Ignoranz der Wulff-Regierung leiden müssen«, so Schwarz weiter. Geradezu skandalös werde es angesichts der Tatsache, dass die Regierungskoalition schon seit Monaten die Beratung von SPD-Vorschlägen verzögere. Diese sollen u.a. den Aufbau eines hilfeorientierten Frühwarnsystems unter Einbeziehung von Kitas, Schulen, Jugendämtern, Sozialdiensten und Gesundheitsbehörden voranbringen.

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

30.10.2006, 17:00 bis 19:30 Uhr
Kultur- und Kreativwirtschaft: Strategien für Niedersachsen*

Diskussionsveranstaltung mit Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Weitere Informationen unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=4556&lang=de>

Anmeldung: Anne Drucks, Tel. 0511/30 30-40 22, Fax 0511/30 30-48 09, anne.drucks@lt.niedersachsen.de

31.10.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr
Fraktionsvorstand*

31.10.2006, 14:00 bis 16:00 Uhr
Fraktion*

07.11.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr
Fraktionsvorstand*

07.11.2006, 14:00 bis 16:00 Uhr
Fraktion*

07.11.2006, 17:00 bis 19:30 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung im Landtag: Soziale Herkunft bestimmt die Bildungschancen – Wie ist das deutsche Bildungssystem aus dieser Falle zu befreien?
Niedersächsischer Landtag, Restaurant Leineschloss, Platz der Göttinger Sieben, 30159 Hannover

Weitere Informationen und Anmeldungen unter: FES-Büro Hannover, Tel. 0511/30 66 22, Fax 0511/30 61 33, hannover@fes.de

08. bis 10.11.2006
Landtagsplenum

14.11.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr
Fraktionsvorstand*

14.11.2006, 14:00 bis 16:00 Uhr
Fraktion*

* Ort: Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Verkauf der Landeskrankenhäuser immer chaotischer Bieterverfahren gestoppt

Ein Verkauf der Landeskrankenhäuser noch in diesem Jahr ist praktisch ausgeschlossen. Dies wurde auf einer von der SPD-Fraktion beantragten Sondersitzung des Landtags-Sozialausschusses am 12. Oktober deutlich. Vorher war bekannt geworden, dass mit dem Psychiatrieverbund Oldenburger Land mindestens ein so genannter ‚zurückgestellter‘ Kaufinteressent nun doch wieder im Rennen ist. »Die Sozial-Staatssekretärin bestätigte, dass weitere Investoren Einblick in die streng vertraulichen Wirtschaftsdaten einzelner Landeskliniken bekommen«, erklärte dazu der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Uwe Schwarz. »Bis diese Bieter die neuen Informationen be- und ausgewertet haben, ist das Verkaufsverfahren praktisch gestoppt.«

»Die Landesregierung sollte sich eingestehen, dass sie Opfer ihres eigenen Dilletantismus geworden ist«, sagte Schwarz. Denn das Vorhaben, die Landeskrankenhäuser bis zum Jahreswechsel zu verkaufen, sei nun nicht mehr einzuhalten. Schwarz: »Das ist eine schwere Schlappe für Sozialministerin Ross-Luttmann.«

Bezeichnend sei, wie hilflos und überfordert die Sozialministerin agiere. Kein Vertreter der Lan-



LKH - Doktorspiele

desregierung habe erklären können, wie viele Bieter überhaupt noch im Verfahren und wie viele ‚zurückgestellt‘ seien. Auch die massiven Bedenken wegen möglicher Verstöße gegen deutsches und europäisches Vergaberecht habe das Sozialministerium nicht ausräumen können. Schwarz: »Offensichtlich wurde der ursprünglich ‚zurückgestellte‘ Psychiatrieverbund Oldenburger Land nur deshalb wieder als Interessent für das Landeskrankenhaus Wehnen zugelassen, weil das Ministerium Angst vor der angedrohten Klage hatte.«

»Unsere Einschätzung bestätigt sich immer mehr, dass das Bieterverfahren völlig aus dem Ruder gelaufen ist.« Schwarz erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion schon im September Akteneinsicht beantragt habe. Über den Antrag hat die Landesregierung noch nicht entschieden.

Transrapid-Unglück muss vollständig aufgeklärt werden

Am 22.09.2006 gab es ein tragisches Unglück auf der Transrapid Teststrecke im Emsland. Dabei wurden 23 Personen getötet und zehn verletzt. Im Landtag und dem zuständigen Fachausschuss war es gleich mehrfach Gegenstand von Anfragen und Unterrichtungen.

Trotz einer umfangreichen Befragung der Landesregierung durch den Landtag sind noch immer Fragen offen. So ist zum Beispiel nicht abschließend geklärt, warum die leichten Unfälle in den Jahren 2004 und 2005 nicht zum Anlass genommen wurden, das Sicherheitskonzept zu überprüfen. Diese Unfälle sind durch das Ministerium erst nach wiederholter Befragung eingeräumt worden. »Damit erhebt sich für uns die Frage, inwieweit das Ministerium und der Minister als oberste Fachaufsichtsbehörde nun eigentlich wirklich umfassend informiert waren und sind«, stellt Günter Lenz, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, fest.

Obwohl sich die Betreiberfirma IABG offenbar an die Vorga-

ben der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gehalten hat, hätte das Unglück durch technisch mögliche automatische Sicherheitseinrichtungen verhindert werden können. Ein solches System könnte Hindernisse auf der Strecke erkennen und einen Zug automatisch anhalten. Diese Technik war aber durch die Landesbehörde nicht verbindlich vorgeschrieben worden.

Der Transrapid ist im Emsland nur für den Test- und Versuchsverkehr genehmigt worden. Gleichwohl sind täglich bis zu 1.000 zahlende Fahrgäste transportiert worden, die sich in Sicherheit wogen. Es müsse nun intensiv geprüft werden, ob das Wirtschaftsministerium als oberste Fachaufsichtsbehörde nicht höhere Sicherheitsstandards hätte vorschreiben müssen. »Unter dem Strich gibt es also noch weiteren Klärungsbedarf. Wir werden Herrn Hirche nicht erlauben, sich hinter dem TÜV und den nachgeordneten Behörden wie dem Niedersächsischen Landesamt für Straßenbau und Verkehr zu verstecken«, resümiert Günter Lenz.

Ladenschluss ist Arbeitnehmerschutz

Die geplante völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag stößt auf den Widerstand der SPD-Fraktion im Landtag. Die faktische Streichung des Ladenschlussgesetzes sei unsozial, schaffe nicht mehr Umsatz und begünstige ausschließlich große Handelsketten, urteilte Günter Lenz, der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion.

Nach dem Gesetz über die Neuordnung der föderalen Ordnung liegt die Gesetzgebungskompetenz nun bei den Ländern. Bis diese gesetzgeberisch tätig werden gilt das bisherige Ladenschlussgesetz des Bundes fort.

Innerhalb der Regierungskoalition gibt es Bestrebungen, auf eine gesetzliche Einschränkung der Ladenöffnungszeiten mit Ausnahme des Sonntages völlig zu verzichten. Hiervon wären insbesondere die in Teilzeit beschäftigten Mütter und Väter betroffen, die kaum eine Chance hätten, für die Abendstunden eine Kinderbetreuung zu gewährleisten. Zudem beweisen die Erfahrungen in der Vergangenheit, dass Umsatzsteigerungen nicht zu erwarten sind. Im Gegenteil, bei insgesamt konstanten Umsätzen würden lediglich höhere Kosten entstehen. Viele kleine inhabergeführte Fachgeschäfte könnten diesen zusätzlichen Kostendruck nicht verkraften

und hätten das Nachsehen, sagte Günter Lenz. »Allein die Discounter auf der grünen Wiese würden sich ein größeres Stück vom Umsatz abschneiden.«

Es steht weiter zu befürchten, dass noch mehr Mini- und Midijobs im Einzelhandel zum Einsatz kommen und die bisher festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Nachsehen haben. Statt der geplanten Liberalisierung an Werktagen solle die Landesregierung ihr Augenmerk vielmehr auf die Entbürokratisierung und Vereinfachung der vielen Ausnahmetatbestände bei der Sonntagsöffnung legen und den Kommunen dabei mehr Gestaltungsspielraum einräumen, schloss Günter Lenz.

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert daher, die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag auch weiterhin bis 20:00 Uhr zu beschränken.



Günter Lenz,
wirtschaftspolitischer Sprecher

An Sonn- und Feiertagen müssen die Läden grundsätzlich geschlossen bleiben. Die bereits heute möglichen Ausnahmen sollten weniger kleinteilig und praxisgerechter geregelt werden.

Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze weiter rückläufig – Pakt für Ausbildung ist gescheitert

Der Abschluss des Berufsbildungsjahres 2005/2006 gibt kein Signal der Entspannung am Ausbildungsmarkt. Obwohl die Zahl der registrierten Ausbildungsverträge bei den großen Kammern leicht angestiegen ist, haben sich die Unternehmen noch weiter aus ihrer Ausbildungsverantwortung zurückgezogen. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ist in Niedersachsen mit einem Minus von 4,4% noch stärker rückläufig als im Bundesdurchschnitt.

»Wir dürfen nicht zulassen, dass die Berufsausbildung immer mehr zur staatlichen Aufgabe wird,« sagt Günter Lenz, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Obwohl die rechnerische Lücke zwischen gemeldeten Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern und Ausbildungsplätzen in diesem Jahr mit 1.224 geringer ist als im Vorjahr, sind noch immer 3.345 Bewerber völlig unversorgt. Dies ist der höchste Wert der letzten Jahren und belegt, wie kritisch die Lage am Ausbildungsmarkt noch immer ist.

Bereits im Frühjahr hat die SPD-Landtagsfraktion beantragt, umgehend Schritte zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs-

plätze einzuleiten. Dies ist von der Landesregierung als unnötige Panikmache abgetan worden. Der neuerliche Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen belegt die Feststellung von Günter Lenz: »Der Niedersächsische Pakt für Ausbildung ist gescheitert.«

Wie jedes Jahr wird die Landesregierung nun wieder mittels einer Nachvermittlungsaaktion versuchen, dringend benötigte Ausbildungsplätze zu finden. Dies komme aber zu spät. »Wer erkannt hat, dass die Duale Ausbildung vor allen staatlichen Ausbildungsprogrammen der beste Weg ist um Jugendliche auf ein Berufsleben vorzubereiten, muss früher und entschlossenen handeln«, bewertete Lenz die Untätigkeit der Landesregierung.

Niedersachsen ist fit für Olympia

Die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion unterstützt eine erneute Bewerbung Hamburgs für Olympia. Das machte Erhard Wolfkühler im Landtag deutlich:

»Wir haben ein großes Interesse an Olympia in Hamburg, denn das wird auch Niedersachsen wirtschaftlich voranbringen. Hamburg erfüllt alle Voraussetzungen und muss jetzt ein konkurrenzfähiges Konzept vorlegen, das mit Weltstädten anderer Kontinente konkurrieren kann.

Wenn Olympia in Deutschland stattfindet, dann haben wir als Niedersachsen ein großes, nachhaltiges Interesse am Standort Hamburg«.

Rechtswidrigkeit der Videoüberwachung beenden – Videoaufzeichnung moderat ausweiten

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des niedersächsischen Polizeigesetzes vorgelegt, mit dem die Möglichkeiten zur Videoaufzeichnung durch die Polizei moderat ausgeweitet werden sollen. Die gegenwärtigen Regelungen zur Videoüberwachung wurden zu Zeiten der damaligen SPD-Landesregierung als Reaktion auf die veränderte Bedrohungslage nach dem 11. September 2001 eingeführt.

Derzeit darf die Polizei zur Erfüllung ihrer Aufgaben öffentliche Plätze mittels Videoübertragung offen beobachten. Sie darf Videoaufzeichnungen dort jedoch nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen vornehmen, nämlich dann, wenn konkrete Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen werden soll.

»Es ist meines Erachtens an der Zeit, die Praxistauglichkeit dieser damals sehr vernünftigen Regelung auf den Prüfstand zu stellen«, sagte Bartling. »Wir haben uns im Vorfeld dieses Gesetzentwurfs insbesondere mit zahlreichen Polizeipraktikern unterhalten. Dabei stellte sich heraus, dass ein bemerkenswerter Widerspruch zwischen den öffentlichen Reden des amtierenden Innenministers und der polizeipraktischen Wirklichkeit besteht. Die derzeit stattfindende Videoüberwa-

chung findet in einer rechtlichen Grauzone statt, die ich nicht länger für hinnehmbar halte. Wir wollen daher die Videoaufzeichnung auch bei terroristischer Gefahr ermöglichen«.

»Ich lege großen Wert darauf, dass unsere Initiative nicht als populistischer Schnellschuss wahrgenommen wird«, erläuterte Bartling seinen Vorstoß. »Wir haben uns mit der Erarbeitung dieses Gesetzentwurfs viel Zeit gelassen und haben uns bewusst nicht für die vollständige Freigabe der Videoaufzeichnung entschlossen. Wir sind jedoch der Meinung, dass sich die Bedrohungslage nach den Anschlägen von Madrid und London, spätestens aber nach Köln und Koblenz noch einmal verändert hat. Niedersachsen muss sein Polizeigesetz daraufhin anpassen, wie das übrigens auch viele andere Länder tun. Wir haben uns mit der von uns vorge-



Heiner Bartling,
innenpolitischer Sprecher

schlagenen Formulierung ganz bewusst eng an der von der Großen Koalition in Schleswig-Holstein vorgeschlagenen Formulierung orientiert, weil wir einen praxisnahen Vorschlag machen wollten, der Aussicht auf breite Unterstützung hat«.

Niedersachsen muss endlich den Kampf gegen Doping aufnehmen

Dopingaffären haben nicht erst in den vergangenen Wochen und Monaten das Vertrauen in den Sport schwer erschüttert. Spektakuläre Dopingfälle haben dazu geführt, dass mittlerweile nahezu jede sportliche Höchstleistung von Spekulationen begleitet wird, ob hier nicht statt Trainingsanstrengungen verbotene Substanzen zur Leistungssteigerung eingesetzt worden sind.

Doping lässt nicht nur einen massiven Ansehensverlust des Sports befürchten, sondern stellt auch eine erhebliche Gefährdung für die Gesundheit der betroffenen Sportlerinnen und Sportler dar. »Das Dopingproblem ist bei weitem nicht nur auf den Hochleistungssport beschränkt. Mit großer Besorgnis musste in den zurückliegenden Jahren festgestellt werden, dass Dopingmissbrauch nach den Erkenntnissen wissenschaftlich begleiteter Studien auch in erheblichem Umfang Einzug in die Bereiche des Freizeit-, Breiten- und Fitnesssports gehalten hat«, so SPD-Sportexperte Ingolf Viereck.

So unappetitlich der eigentliche Anlass auch ist – die Enthüllungen über das kriminelle Doping-Netzwerk im Radsport

haben den langjährigen Forderungen der SPD nach einem Anti-Doping-Gesetz neue Argumente geliefert. »Zum Schutz des Sports, vor allem aber im Interesse der sauberen Sportlerinnen und Sportler müssen wir uns der Verpflichtung stellen, das kriminelle Netzwerk aus Dealern und betrugswilligen Sportlern wirkungsvoller als bisher einzudämmen«, so Ingolf Viereck.

Mit einem »Niedersächsischen Anti-Doping-Aktionsplan für einen sauberen Sport« will die SPD-Landtagsfraktion einen eigenständigen Beitrag zu dieser wichtigen Thematik für den Sport leisten. »Unsere Initiative soll Niedersachsen endlich wieder zu einem der führenden Länder im Kampf gegen unlautere Praktiken



Ingolf Viereck,
SPD Sportexperte

im Leistungs- und Breitensport machen«, erläuterte Viereck.

Polizeireform: Beabsichtigte Lobhudelei wird zur Blamage für CDU und FDP

Die von CDU und FDP beantragte Landtagsdebatte über die vermeintlichen Erfolge der Polizeireform (»Polizeireform gelungen – Aufklärungsquote gestiegen – Niedersächsische Polizei gut aufgestellt«) ist gründlich daneben gegangen. Der SPD-Innenexperte Heiner Bartling bilanzierte denn auch: »Die Regierungsfractionen können nicht einen einzigen handfesten Beweis für das Gelingen ihrer Umorganisation vorlegen. Also soll mit Mehrheit beschlossen werden, dass die Reform gelungen ist! Mit gleicher Berechtigung könnten sie auch beschließen, dass die Erde eine Scheibe ist. Dieses Vorgehen ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten!«.

Angeichts des offensichtlichen Widerspruchs zwischen den Realitäten im Lande und der Realitätswahrnehmung der Fraktionen der CDU und der FDP kündigte Bartling seine Unterstützung dabei an, den Entschließungsantrag von CDU und FDP an jedem Schwarzen Brett jeder einzelnen Polizeidienststelle in Niedersachsen auszuhängen. »Die Beamtinnen und Beamten werden sehr gut einschätzen können, wie dieser Jubelantrag zu der Tatsache passt, dass beispielsweise eine Befragung zur Berufszufriedenheit in der Polizei von der Landesregierung abgelehnt wird«, sagte Bartling.

Große Zweifel äußerte Bartling an der von Innenminister Schünemann vorgelegten Aufklärungsquote. Diese sollte als Beweis für das Gelingen seiner Polizeireform herangezogen werden. »Es deutet vieles darauf hin, dass die polizeiliche Kriminalstatistik, die der Minister im März 2006 veröffentlicht hat, schlichtweg falsch ist«, sagte Bartling. »Wir wissen vom Bundeskriminalamt, dass von dort erhebliche Zweifel gegenüber den in Niedersachsen veröffentlichten Zahlen angemeldet wor-

den sind, weil Niedersachsen das einzige Bundesland mit steigenden Fallzahlen ist. Ausschließlich in Niedersachsen steigt auch die Zahl der registrierten Gewaltdelikte«. Bartling führte die angeblich gestiegene Aufklärungsquote im Wesentlichen auf statistische Fehlerfassung und eine Verschiebung der Straftatenzusammensetzung zurück. »Es hat eine Verschiebung vom Diebstahl zum Betrug (z.B. per Internet) gegeben. Es werden also mehr Straftaten begangen, die sich leichter aufklären lassen. Dies hat nichts mit der Polizeireform des Innenministers zu tun.«

Bartling warnte davor, die polizeiliche Aufklärungsquote zum alleinigen Maßstab der Beurteilung der Sicherheitslage zu machen: »Bei Planung einer Auslandsreise würde es auch nicht wirklich beruhigen, wenn das Risiko, zum Opfer einer Straftat zu werden, im anvisierten Urlaubsland zwar erheblich gestiegen ist, aber die Polizei die Aufklärungsquote deutlich steigern konnte. Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, dass Sie Ihre Reise in ein Land verlegen, in dem das Risiko, Opfer zu werden, deutlich geringer aus-

fällt. Dabei nähmen Sie gern in Kauf, dass die Aufklärungsquote etwas niedriger ausfällt; es ist besser, dass nur wenig passiert, als dass viel passiert, aber die Polizei gut arbeitet«, argumentierte Bartling. »Niedersachsens Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste des Landes haben im Zweifel eher ein Interesse daran, nicht Opfer einer Straftat zu werden, und werten es erst in zweiter Linie als positiv, wenn die an ihnen begangene Straftat zumindest in gut jedem zweiten Fall polizeilich aufgeklärt wird. Doch was passiert? Unterstellt man die Richtigkeit der Polizeilichen Kriminalstatistik 2005, dann muss man feststellen, dass die Zahl der Straftaten und die Zahl der Opfer in Niedersachsen deutlich zugenommen hat. Anders als im Bundestrend ist in Niedersachsen das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, noch nie so groß gewesen wie heute. Das ist das Ergebnis von dreieinhalb Jahren CDU und FDP in Niedersachsen!«, so Bartling. Sein Fazit: »Entweder Schünemanns Polizeistatistik ist falsch oder seine Innenpolitik ist falsch. Ich bin der festen Überzeugung, dass beides falsch ist«.

Transparenzinitiative der Europäischen Union unterstützen

Die Europäische Kommission hat am 8. November 2005 die Initiative ergriffen und am 3. Mai 2006 das Grünbuch Europäische Transparenzinitiative vorgelegt. Ziel ist u.a., die Informationen über die nationalen Empfänger vom EU-Geldern offen zu legen.

Die SPD-Fraktion steht für mehr Transparenz bei den EU-Subventionen. Einen entsprechenden Entschließungsantrag hat am 12.10.2006 erstmals der Landtag beraten. »Die Bürgerinnen und Bürger haben einen berechtigten Anspruch zu erfahren, wofür ihre Steuergelder verwendet werden«, forderte der SPD-Abgeordnete Dieter Steinecke.

Er kritisiert die heftige Abwehrhaltung der Landesregierung auf diesen Vorschlag. »Bereits in 11 Mitgliedstaaten werden der Öffentlichkeit Informationen über die Verwendung von EU-Geldern vorgelegt«, führt der SPD-Politiker aus, »auf nationaler Ebene steht Niedersachsen im Agraraus-

schuss des Bundesrates mit seiner Verweigerungshaltung bereits isoliert da«. Bei einer sachgerechten und verständlichen Ausgestaltung der Informationen könne mehr Transparenz dazu beitragen, Vertrauen zu erhöhen, Verteilungsdiskussionen positiv zu begleiten. Dieses unterstütze den Prozess der Europäischen Integration.

Aus Sicht der SPD soll die Transparenzinitiative auf alle staatlichen Transferleistungen ausgedehnt werden. Für den Bereich der EU-Agrarsubventionen als erster Schritt wird gefordert, Daten über Direktzahlungen, Ausfuhrerstattungen, Verarbeitungsbeihilfen und Lagergeldzahlungen offen zu legen.



Dieter Steinecke,
SPD Experte für EU-Förderprogramme